

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

### **Heimatlandprinzip statt Wohnsitzlandprinzip durchsetzen - den Total-Zusammenbruch des deutschen Sozialstaates verhindern!**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Armutimmigration, insbesondere aus Mazedonien, Bulgarien und Rumänien, vor allem in Westdeutschland (z. B. München und Duisburg), aber auch in Teilen Berlins nachgewiesenermaßen bereits zu einer erheblichen finanziellen Belastung der sozialen Systeme und zu einem gesteigerten Kriminalitätsaufkommen geführt hat.
2. Der Landtag schließt sich der von Wissenschaftlern und Kommunalpolitikern vertretenen Auffassung an, der zufolge die ab dem 1. Januar 2014 geltende volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit für Staatsangehörige Bulgariens und Rumäniens die Armutseinwanderung auch und gerade in die Bundesrepublik Deutschland noch einmal verstärken und letztlich zu einer totalen Erosion des deutschen Sozialstaates führen wird.
3. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, umgehend auf Bundesebene aktiv zu werden. An die Bundesregierung muss dabei die unmissverständliche Forderung gerichtet werden, sich auf EU-Ebene für eine zügige Novellierung der EU-„Freizügigkeitsrichtlinie“ (Richtlinie 2004/38/EG) einzusetzen mit dem Ziel, dass hierbei künftig in Bezug auf die Gewährung von Sozialleistungen statt des Wohnortprinzips das Heimatlandprinzip verankert wird.
4. Zugleich nutzt die Landesregierung ihre auf EU-Ebene bestehenden Strukturen, um hinsichtlich einer Novellierung der EU-„Freizügigkeitsrichtlinie“ im eben genannten Sinne tätig zu werden.

5. Die Landesregierung wird umgehend im Bundesrat aktiv, um sich für eine Änderung des „Gesetzes über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern“ (Freizügigkeitsgesetz) einzusetzen, wobei die Prämisse in diesem Zusammenhang lauten muss, die Zuwanderung von Armutsimmigranten in den deutschen Sozialstaat künftig zu verhindern.

#### **Udo Pastörs und Fraktion**

#### **Begründung:**

Infolge der jahrelangen Zuwanderung in erster Linie von Roma aus Mazedonien, Bulgarien und Rumänien klagen insbesondere Kommunalpolitiker einiger westdeutscher Kommunen über eine immens gewachsene Belastung der sozialen Systeme. Auch hat sich das Kriminalitätsaufkommen teilweise drastisch erhöht.

Mit der vollen EU-Freizügigkeit für Staatsangehörige Bulgariens und Rumäniens wird der Zustrom nach Ansicht von Experten ungeahnte Ausmaße annehmen. So erwartet der Ökonom und Migrationsforscher Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für die kommenden zwei bis drei Jahre jeweils eine Nettoauswanderung von rund 260.000 Personen aus Bulgarien und Rumänien in andere Staaten der Europäischen Union. Zwischen 40 und 70 Prozent könnten nach seinen Schätzungen in die Bundesrepublik Deutschland kommen, was einer Nettozuwanderung von 110.000 bis 180.000 Personen entspräche.

In diesem Zusammenhang vertritt Brücker eine nachvollziehbare These: Weil in Italien und Spanien, wo sich schon rund zwei Millionen Roma aufhalten, die Euro-Krise anhält, wird sich die Armutseinwanderung aus Südosteuropa umso mehr auf Deutschland konzentrieren.